

Ein Projekt von

PHWien **bm:uk**

Grüne Ökonomie

Umweltschutz und Nachhaltigkeit in Zeiten der Wirtschaftskrise

Ö1 - Salzburger Nachtstudio

Gestaltung: Birgit Dalheimer

Sendedatum: 14. März 2012

Länge: 59min

Hintergrundtext

Strauchelnde EU-Staaten, Banken-Finanzierungsprobleme und eine scheinbar gefährdete europäische Währung bringen auch die Ökologiebewegung in eine Krise. Zumindest in eine Aufmerksamkeitskrise. Wen, so scheint es, kümmern natürliche Umwelt und Klima von morgen, wenn es heute gilt, ‚die Wirtschaft‘ zu retten?

Aus der aktuellen ökonomischen Krise kann uns nur verstärktes Wirtschaftswachstum retten, heißt es vielerorts. Vertreter einer "Grünen Ökonomie" machen sich Gedanken darüber, welcher Art eine wirtschaftliche Entwicklung sein könnte, die sowohl den heute lebenden Menschen zugutekommt, als auch nachfolgenden Generationen. Im Juni 2012 ist "Green Economy" eines der beiden Hauptthemen bei der Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro.

'The Global Green New Deal'

Im Oktober 2008 startete das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, das United Nations Environment Program UNEP eine Initiative unter dem Titel 'Global Green New Deal'. Die Vorstellung war, durch gezielte Konjunkturprogramme vor allem in "grüne Industrien" zu investieren und dort Arbeitsplätze zu schaffen, und damit gleichzeitig die Wirtschaft anzukurbeln und den Klimawandel zu bremsen.

2009, im Jahr Eins nach Beginn der aktuellen Wirtschaftskrise, veröffentlichte das UNEP einen Bericht über die neuesten Konjunkturprogramme von 13 Staaten. Sie wurden daraufhin untersucht, inwieweit strukturelle Veränderungen hin zu einer nachhaltigen Entwicklung angeregt wurden. Wie viel des Geldes also beispielsweise in den Ausbau erneuerbarer Energie, das Eisenbahnnetz, gesteigerte Energieeffizienz, besseres Wasser- und Müllmanagement oder ähnliches gesteckt wurde.

13 Konjunkturprogramme auf dem Prüfstand

Der Anteil des "Grünen Stimulus" am gesamten Konjunkturprogramm betrug in Südkorea 79 Prozent. Platz zwei hält China mit 34 Prozent. Ein gutes Drittel des Konjunkturprogramms für nachhaltige Entwicklungen in China ist zwar nur mehr knapp halb so viel wie Südkorea aufbringt - aber immer noch weit mehr als sämtliche untersuchten europäischen und amerikanischen Länder. Im drittgerihten Frankreich etwa sind es 18 Prozent, in den USA 12 und in Mexiko zehn Prozent. Die Zahlen für Österreich wurden in dem Report nicht erhoben.

Ein Projekt von

PHWien **bm:uk**

Reaktionen auf die Finanzkrise

Konjunkturprogramme waren die erste politische Reaktion auf die Finanzkrise. Chancen, sie wie in manchen anderen Ländern für einen "Green New Deal" zu nutzen, wurden hierzulande versäumt. Jetzt geht es darum, Budgets zu konsolidieren. Und spätestens seit der Bekanntgabe von Details des Sparpakets Mitte Februar 2012 ist klar: Eine gesellschaftliche Veränderung Richtung Ressourcenschonung, nachhaltiges Wirtschaften oder Einhalten der Klimaschutzziele hat weiterhin, gelinde gesagt, keine besonders hohe Priorität.

Ziele der Klimapolitik

Bei der UN-Klimakonferenz in Cancún 2010 wurde das "Zwei-Grad-Ziel" offiziell anerkannt. In Wissenschaftskreisen ist es erstmals in den 1970er Jahren aufgetaucht. Es besagt, dass sich die Durchschnittstemperatur auf der Erde um nicht mehr als zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter erhöhen sollte, will man dramatische Folgen des Klimawandels vermeiden. Der Beitrag, den die Menschen dazu leisten können, besteht vor allem darin, die Treibhausgase zu verringern. Konkret hieße das, die jährlichen Kohlendioxid-Emissionen bis 2050 um etwa 90 Prozent gegenüber den Emissionen 2005 zu reduzieren. Darüber, wie genau das erreicht werden soll - und ob es überhaupt erreicht werden kann - wird seit Jahren trefflich gestritten.

Wir brauchen tiefgreifende Veränderungen in unserem Wirtschaftssystem wenn sich die Durchschnittstemperatur auf der Erde um nicht mehr als zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter erhöhen soll, sagen Vertreter der ökologischen Ökonomie und sprechen von "Grünem Wachstum".

Das Zauberwort in diesen Diskussionen ist "Entkoppelung". Ressourcenverbrauch und Bruttoinlandsprodukt sollen zunehmend entkoppelt werden. Von relativer Entkoppelung spricht man, wenn der Verbrauch pro Einheit BIP zurückgeht. Steigt das BIP stärker, als der Ressourcenverbrauch sinkt, werden insgesamt trotzdem mehr Ressourcen verbraucht. Absolute Entkoppelung hingegen bedeutet, dass der Ressourcenverbrauch auf jeden Fall sinkt, egal, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Den Schlüssel für die Entkoppelung sehen viele im technischen Fortschritt. Dadurch sollen Produktionsprozesse immer energieeffizienter und ressourcenschonender werden. Nachhaltigkeitsforscher sind skeptisch.

Warum muss es eigentlich immer mehr sein?

Diskussionen über Notwendigkeit und Möglichkeit beständigen Wirtschaftswachstums gibt es seit fast einem halben Jahrhundert. In der Wirtschaftspolitik schlagen sich diese Diskussionen kaum nieder: Wirtschaftspolitisch oberstes Ziel ist nach wie vor Wachstum. Wirtschaftswachstum gilt als Garant für Wohlfahrt oder Wohlstand, für Arbeitsplätze, für ein funktionierendes Pensions- und Gesundheitssystem. Und dieses Wachstum wird am Bruttoinlandsprodukt BIP oder gross domestic product GDP gemessen

Wachsendes BIP und immer mehr Einkommen sind nicht allein seligmachend. Das verrät einem nicht nur der Hausverstand, sondern das belegen auch zahlreiche Ergebnisse der Wohlstands- und Glücksforschung. Der Ökonom Tim Jackson beschrieb seine Überlegungen dazu in "Prosperity without Growth". Dieses Buch ist 2011 auf deutsch unter dem Titel "Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt" im oekom Verlag erschienen. Ein Teil des Wirtschaftssystems, der nach Ansicht des Ökonomen dringend verändert werden sollte, ist das Investment, die Kapitalanlage.

Ein Projekt von

PHWien **bm:uk**

Eine weitere Möglichkeit sieht Tim Jackson darin, neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich zu schaffen. Und eine weitere institutionelle Änderung, die in der ökologischen Ökonomie besprochen wird, ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Aus der Logik des aktuellen Wirtschaftssystems betrachtet ein sehr heikles Thema.

Viele Ökonomen bezweifeln, dass ein Verzicht auf weiteres Wirtschaftswachstum gemeinsam mit einem Institutionenumbau realisierbar wäre. Tim Jackson plädiert für einen gänzlich anderen Blickwinkel, bei dem nicht Wachstum gemessen am BIP erste und oberste Prämisse wirtschaftspolitischen Handelns ist.

"Vielleicht könnten wir darin übereinkommen, Wachstum einfach links liegen zu lassen und uns auf das zu konzentrieren, was in der Gesellschaft wirklich wichtig ist, wie Arbeitsplätze, wie eine Work-Life-Balance, wie ein Gemeinschaftsgefühl, wie soziale Teilhabe, und wie Wohlstand selbst."

Die eigentliche Frage sei, was wollen wir eigentlich, wo wollen wir als Gesellschaft aber auch als Individuum hin.

Text: Ö1/Birgit Dalheimer